

# Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

N<sup>o</sup> 20.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 66 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 5068.

Hannover  
Sonnabend, 5. Oktober 1901.

Geschäftsinsertate pro 3 gespalt. Zeile oder deren Raum 25 Pf., für Zahlstellen 15 Pf. Offertenannahme 10 Pf. Redaktion: Schillerstr. 5. Verlag: Nikolaisstr. 46.

10. Jahrg.

## Bekanntmachung.

Mit der Nr. 19 des „Proletarier“ sind die Abrechnungs-Formulare versandt worden. Die Kollegen werden um rechtzeitige Vornahme der Abrechnungen ersucht. Die Mitglieder, Revisoren, Bevollmächtigten und Vertrauensmänner aller Verbandsorte wollen dafür eintreten, daß ihre Abrechnung rechtzeitig zur Abschickung kommt, damit wir eine Abrechnung aller Verbandsorte im „Proletarier“ aufstellen können. Mit der Abrechnung sind einzusenden die Materialrechnungen.

Wie abzurechnen ist, darüber giebt Rückkunft der Leitfaden für Bevollmächtigte und Revisoren auf Seite 8—12. Die Revisoren finden eine Richtschnur für ihre Tätigkeit auf Seite 12 und 13 des Leitfadens. Die Kollegen wollen sich vor Aufstellung der Abrechnung mit den dort gegebenen Bestimmungen vertraut machen.

Die Abrechnungen haben in der ersten Woche des Monats Oktober zu erfolgen. Eingegangene Gelder werden in dem folgenden „Proletarier“ quittiert. Es folgt im „Proletarier“ eine Quittung nicht, so ist das ein Beweis, daß von ihrem Orte eine Abrechnung noch nicht eingegangen ist, sie müssen auf Vornahme der Abrechnung drängen.

Die Adresse des Kassiers ist Fr. Bruns, Hannover, Schillerstraße 5.

Der Vorsitzende des Ausschusses ist: Jakob Streh, Offenbach, Gustav-Adolfstraße Nr. 30, prt.

Mit kollegialischem Gruß

Aug. Brey.

## Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

In der Hansestadt Lübeck, der nördlichen Empore des Handels, der gewaltig emporgeblühten Industriestadt, wurde am 22. September der diesjährige sozialdemokratische Parteitag eröffnet, er tagte in einem eigenen, durch die Kraft der organisierten Arbeiter Lübecks geschaffenen Heim in dem Vereins Hause. Die reichhaltige Tagesordnung wurde noch um einen Punkt vermehrt: Der Zolltarif und der Abschluß von Handelsverträgen. Mit dem Referat wurde Bebel betraut. Der Spruch des Schiedsgerichts wurde im Anschluß an den Vorstandsbericht als besonderer Punkt behandelt. Als Referent hierzu fungierte der Genosse Bömelburg, als Korreferent der Genosse Auer. Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission sind anwesend 203 Delegierte mit 217 Mandaten, 25 Reichstagsabgeordnete, die Mitglieder des Parteivorstandes, die Kontrolleure und sechs ausländische Gäste.

Dem Bericht des Parteivorstandes sind eine Reihe interessanter Einzelheiten zu entnehmen. An 28 Orten Deutschlands haben sich Arbeitersekretariate gebildet, die den Arbeitern über alle Gebiete des rechtlichen und öffentlichen Lebens Auskunft erteilen und eine Stütze bilden bei Inanspruchnahme der sozialen Gesetzgebung. Die im Berichtsjahr stattgefundenen Wahlen bekräftigten ein Vorwärtsschreiten der Partei: Der Reichstagswahlkreis Westhavelland wurde zurückgewonnen. Die Wahlen in Memel-Heidenkrug, Rindow-Greifenhagen und Duisburg brachten eine Vermehrung der sozialdemokratischen Stimmen. Auch bei den Wahlen zu den Einzelkandidaten wurden Fortschritte gemacht. Im Gothaer Landtag ist Genosse Bod zum Vizepräsidenten gewählt und damit zugleich Mitglied des Oberverwaltungsgerichts geworden. In 17 Bundesstaaten sitzen gegenwärtig sozialdemokratische Vertreter: In Bayern 11, Sachsen 4, Württemberg 5, Baden 7, Hessen 6, Weimar 2, Oldenburg 1, Meiningen 6, Altenburg 3, Koburg 1, Gotha 9, Schwarzburg-Rudolstadt 1, Reuß i. L. 3, Reuß a. L. 1, Lippe-Deimold 3, Bremen 11, Hamburg 1.

In den Gemeindevertretungen einer Reihe von Orten sind Sitze neu erworben oder alte behauptet worden. In Sachsen wurden im vorigen Jahre in 145 Orten 279 sozialdemokratische Vertreter gewählt. Insgesamt sind zur Zeit 580 sozialdemokratische Gemeindevertreter in Sachsen tätig.

Bei den Wahlen zu den Gewerbegerichten machten die christlichen Gewerkschaften verzweifelte Anstrengung, den in freien Organisationen vereinigten Arbeitern den Sieg abwendig zu machen. In Koblenz, Solmar, Regensburg, Bochum, Heilbronn, Hildesheim,

Krefeld, Speyer, Mainz, Offenbach-Land, Schramberg und Köln waren die Bemühungen vergeblich. Da begreift man es, daß Herr Trimborn im Reichstage es durchsetzte, daß künftig durch das Ortsstatut von den Gemeinden das Proportionalwahlrecht eingeführt werden kann, sich aber lebhaft dagegen sträubte, das Proportionalwahlrecht allgemein einzuführen.

Das Parteiarchiv hat nunmehr einen Katalog erhalten und ist der Benutzung übergeben. Die Benutzung von Büchern außerhalb der Unterkunftsräume des Archivs unterliegt in jedem Einzelfalle der Entscheidung des Vorstandes.

Der Kassenbericht weist eine Jahreseinnahme von 317 934,70 Mk. auf, dazu einen Bestand vom 1. August 1900 in Höhe von 4 562,44 Mk., mithin ein Gesamteinnahme von 322 497,14 Mk. Die Ausgaben sind 291 788,90 Mk., somit konnten 22 581,10 Mk. dem belegten Kapital zugeführt werden, und 8127,14 Mk. waren am 31. Juli 1901 als Kassenbestand aufgeführt. Das Strafkonto weist folgende Ziffern auf: Es wurden verhängt 2 Jahre Zuchthaus, 32 Jahre 11 Monate 11 Wochen und 2 Tage Gefängnis und 26 900 Mk. Geldbuße.

Der Bericht über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsfraktion kann auch wieder einmal von einem Lebenszeichen der Kommission für Arbeiterstatistik berichten. Sie hat einen Gesetzentwurf zum Schutze der Kellner und Köche zu Stande gebracht, der eine Arbeitszeit von 16 Stunden, in Großstädten von 15 Stunden zulassen will. Diese Arbeitszeit darf nun aber auch noch sechzig Mal im Jahre überschritten werden. Ein netter Arbeiterschutz! Die Gewerbeaufsicht gab Anlaß zu scharfem Tadel, besonders daß die zu geringe Anzahl der angestellten Beamten nach wie vor keine durchgreifende Kontrolle ermöglicht, daß Arbeiter gar nicht, Frauen in ungenügendem Maße hinzugezogen, ja in Preußen die Beamten noch immer durch einen Erlaß des Freiherrn v. Verlepsch von 1894 dazu verpflichtet sind, mit den Organisationen der Arbeiter nicht in Verkehr zu treten. — Die Mißstände im Ziegeleigewerbe: die schlechten Unterkunftsräume, die gesundheitliche Beschäftigung von Kindern, Jugendlichen und Frauen, der Mangel jeglicher Kontrolle fand sachgemäße Darlegung. Der Resolution der Budget-Kommission: „Den Reichskanzler zu ersuchen, in den Reichshaushaltsetat pro 1902 eine entsprechende Summe zur Förderung der Bekämpfung der Tuberkulose, insbesondere auch zur Errichtung von Heilstätten für Lungenkranke auszusetzen“, gab die Fraktion ihre Zustimmung. Beim Etat des Reichsversicherungsamtes wurde auf die von Jahr zu Jahr steigende Zunahme der Unfälle hingewiesen: Tödliche Unfälle waren im Jahre 1896: 6989, 1897: 7287, 1898: 7848, 1899: 7999. Die Zahl der Verwundeten stieg in denselben Jahren von 85 272 auf 91 171, dann auf 96 774 und 1899 auf 104 811 Personen. — An Unfallentschädigung entfielen im Jahre 1899 auf jeden Verletzten 4,23 Mk. jährlich oder 1,1 Pfg. täglich Unfallentschädigung!

Eine Zusammenstellung der wichtigsten Beschlüsse bringen wir in der nächsten Nummer.

## Die deutschen Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1900.

II.

Bewurteilt man die Stärke einer Organisation nach dem Prozentverhältnis der Berufsangehörigen, soweit dieselben als organisationsfähig in Betracht kommen, so gehören zu den nach der 1895er Gewerbeabzählung in den gewerkschaftlich organisierten Berufen Beschäftigten 4 503 356 Arbeitern (ausschließlich der Lehrlinge und der Arbeiter unter 16 Jahren) 15,10 Prozent der Zentralverbände an. Bei den männlichen Arbeitern erhöht sich dieses Verhältnis auf 17,88 Prozent, bei den Arbeiterinnen vermindert es sich dagegen auf 2,76 Prozent. Die einzelnen Verbände umfassen von organisationsfähigen Berufsangehörigen: Buchdrucker 90 Prozent, Buchhauer 75,71, Schuhmacher 57,73, Kupferschmiede 56,92, Glaser 47,87, Tapezierer 40,33, Maurer 36,57, Fabrikarbeiter 36,50, Schiffszimmerer und Werftarbeiter 36,41, Lithographen und Steinbrücker 36,34, Porzellanarbeiter 31,57, Stukkateure 31,14, Töpfer 31,10, Metallarbeiter 30,97, Brauer 28,70, Buchbinder 28,64, Holzarbeiter 27,34, Bergarbeiter 27,21, Böttcher 26,73, Zimmerer 24,93, Formstichter und Gravure 24,03, Dachdecker 23,92, Glaserarbeiter 23,23, Gemeindebetriebsarbeiter 23,12, Gutmacher 21,18, Tabakarbeiter und Zigarrenfabrikanten 21,09, Rauchwarenjuristen 19, Schuhmacher 18,23, Maler 18,25, Former 18,05, Sattler 18,03, Seelente 14,49, Lederarbeiter 14,42, Buchdruckereihilfsarbeiter, 14,13, Steinleger 12,36, Steinarbeiter 11,01, Schneider 10,80, Bergarbeiter 10,01, Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter 9,55, Fabrikarbeiter 8,95, Konditoren 8,88, Bäcker 6,70, Textilarbeiter 6,32, Schmiede 6,25, Bauarbeiter 5,46, Müller 3,61, Barbierer 3,15, Gasarbeiter

gehilfen 0,74, Gärtner 0,53, Fleischer 0,49 und Handlungsgehilfen und Lagerhalter 0,45 Prozent.

Einen Rückgang an Mitgliedern weisen nur vier Organisationen auf, nämlich die Barbierer (um 412), Lederarbeiter (570), Stukkateure (500) und Textilarbeiter (3284). Bei den Barbierern trugen Vernachlässigungen in der Zentralverwaltung, bei den Lederarbeitern unglückliche Streiks, bei den Stukkateuren Abspaltungen zu Sondervereinen die Schuld, während die bedeutende Abnahme im Textilarbeiter-Verband speziell auf das Konto der wirtschaftlichen Krisis zu setzen ist. Die größten absoluten Zunahmen gegen 1899 weisen die Metallarbeiter (15 749), Holzarbeiter (11 402), Bauarbeiter (8752), Maurer (8429), Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter (8276) und Fabrikarbeiter (8255) auf, während prozentual am meisten gegen das Vorjahr stiegen Glasarbeiter (95,72 Prozent), Schmiede (64,17 Prozent), Gemeindebetriebsarbeiter (56,56 Prozent) und Handlungsgehilfen (50 Prozent).

Die Organisationsziffern der weiblichen Arbeiter schwanken in den 21 Verbänden, die weibliche Mitglieder aufweisen, zwischen 0,10 Prozent (Handlungsgehilfen und Lagerhalter) und 22,50 Prozent (Buchbinder) der Organisationsfähigen. Den letzteren kommen nur die Schuhmacher (20,31 Prozent), Buchdruckereihilfsarbeiterinnen (12,15 Prozent), Metallarbeiter (11,37 Prozent) und Tapezierer (10,57 Prozent) nahe. Auf dieser Seite der Gewerkschaftsbewegung muß sich noch Vieles bessern, wenn die Theilnahmlosigkeit der Arbeiterinnen nicht die Errungenschaften der Organisation gefährden soll. Aber wer sich der Schwierigkeiten auf diesem Gebiete wohl bewußt ist, der wird auch die geringen bisher erzielten Fortschritte nicht unterschätzen. Mögen bessere Erfolge auch noch der zukünftigen Arbeit vorbehalten bleiben, so ist doch in einzelnen Berufen schon die dauernde Grundlage für die weibliche Organisation gewonnen, auf welcher ohne Unterlaß weitergebaut werden kann.

Ebenso erfreulich, wie die Mitgliederzunahme, gestaltete sich auch die finanzielle Entwicklung und Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften.

In höherem Maße wie die Mitgliederzahl steigerte sich im Berichtsjahre die Gesamteinnahme der Zentralverbände; während jene um 17,23 Prozent zunahm, vermehrte sich diese um 22,98 Prozent seit dem Vorjahr. Noch stärker freilich stiegen die Gesamtausgaben, nämlich um 25,37 Prozent, welche Zunahme aber nicht allein oder vorwiegend die Streikunterstützung trifft, sondern sich nahezu auf alle Verbänderausgaben verteilt. Im Berichtsjahre vereinnahmten die Zentralorganisationen 9 454 057 Mk. (gegen 7 687 154 im Jahre 1899). Die Einnahmen haben sich um fast 2 Millionen erhöht. Die Ausgaben betragen im Berichtsjahre 8 088 021 Mk. (gegen 6 450 876 Mk.), eine Zunahme um beinahe 1 1/2 Millionen. In beiden Steigerungsziffern wird man die erhöhte Steuerkraft und Leistungsfähigkeit der Zentralverbände erkennen. Die gesamten Kassenbestände beliefen sich auf 7 745 901,87 Mk. (gegen 5 577 546 Mk. im Vorjahr), wovon freilich nahezu die Hälfte, nämlich 3 792 497,67 Mk. auf den Verband der Buchdrucker entfallen. Der Fonds, über welchen die Gewerkschaften pro Kopf der Mitglieder verfügen, ist zwar nicht ein sicherer Beweis für die Finanzkraft einer Organisation. Aus der Statistik hat sich mehrfach ergeben, daß die in dem einen Jahre an erster Stelle stehenden Organisationen im folgenden Jahre nahe an die letzte Stelle gerückt waren, um sich dann im Laufe eines Jahres wieder so zu kräftigen, daß der Kassenbestand pro Kopf der Mitglieder ein ganz respektable war.

Indes ist es doch interessant zu sehen, wie hoch für jede Organisation an verfügbarem Fonds vorhanden ist. Es hatten an Kassenbestand pro Kopf der Mitglieder: Buchdrucker 131,51 Mark; Gutmacher 51,61 Mk.; Zigarrenfabrikanten 29,65; Schuhmacher 28,86; Kupferschmiede 28,28; Porzellanarbeiter 15,54; Zimmerer 14,29; Buchbinder 12,82; Graveure 12,44; Bildhauer 12,43; Bergarbeiter 11,10; Lithographen 11,05; Seelente 10,63; Buchdruckereihilfsarbeiter 10,34; Maurer 10,23; Formstichter 10,16; Maler 8,73; Bauarbeiter 8,30; Konditoren 8,08; Lederarbeiter 7,81; Glaser 7,45; Steinleger 6,93; Gaste- wirtsgehilfen 6,91; Werftarbeiter 6,76; Dachdecker 6,37; Schneider 5,83; Metallarbeiter 5,67; Brauer 5,46; Fabrikarbeiter 5,28; Müller 4,33; Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter 4,63; Böttcher 4,49; Handlungsgehilfen 4,44; Steinarbeiter 4,28; Gärtner 4,17; Fabrikarbeiter 3,82; Glasarbeiter 3,78; Schiffszimmerer 3,70; Schmiede 3,48; Töpfer 3,19; Schuhmacher 3,15; Stukkateure 3,04; Sattler 2,93; Gemeindebetriebsarbeiter 2,78; Tabakarbeiter 2,03; Maschinisten 1,96; Tapezierer 1,79; Holzarbeiter 1,76; Bergarbeiter 1,75; Barbierer 1,67; Textilarbeiter 1,60; Bäcker 1,58; Fleischer 1,29; Lagerhalter 1,—; Bureauangestellte 0,96; Masseure 0,30; Former 0,17 und Rauchwarenjuristen 0,11.

Daß diese bedeutenden Unterschiede in nicht geringem Maße von der Höhe der Einnahme jeder einzelnen Organisation, also in letzter Linie von dem Verhältnis zwischen Beitrag und Leistungen beeinflusst werden, lehrt die nachstehende Reihenfolge der Jahreserlöse pro Kopf der Mitglieder, welche betrug: bei den Buchdruckern 55,91 Mk., Glaser 27,97, Bildhauer 25,03, Zigarrenfabrikanten 21,70, Gaswirtsgehilfen 21,24, Gutmacher 19,76, Handwerksmeister 19,55, Kupferschmiede 18,39, Formstichter 18,23, Lithographen 18,14, Maler 16,3, Maurer 15,23, Buchbinder 15,17, Porzellanarbeiter 14,58, Graveure 14,54, Konditoren 13,64, Lederarbeiter 13,56, Steinleger 13,56, Schiffszimmerer 13,54, Töpfer 13,49, Bauarbeiter 13,31, Steinarbeiter 13,06, Sattler 12,99, Seelente 12,64, Zimmerer 12,40, Handlungsgehilfen 12,11, Metallarbeiter 11,64, Schmiede 11,63, Bergarbeiter 11,35, Glasarbeiter 10,93, Brauer 10,83, Bäcker 10,81, Tabakarbeiter 10,74, Lagerhalter 10,50, Müller 10,21, Schuhmacher 9,89, Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter 9,66, Schneider 8,69, Textilarbeiter 8,33, Böttcher 8,35, Fabrikarbeiter 7,76, Werftarbeiter 7,44, Fabrikarbeiter 7,01, Stukkateure 6,99, Gemeindebetriebsarbeiter 6,74, Buchdruckereihilfsarbeiter 6,64, Tapezierer 6,51, Dachdecker 6,16, Fleischer 6,07, Masseure 5,33, Bergarbeiter 5,29, und Bureauangestellte 3,96.\*

\* In dieser Zusammenstellung mußten die Verbände der

Die Einnahmen der Gewerkschaften weisen also noch immer weit größere Unterschiede auf, als sie in der Höhe der Einnahmen der Arbeiter begründet sind. Es liegt also weniger an der Unmöglichkeit, höhere Beiträge aufzubringen, wenn einzelne Organisationen um das Zehn- bis Fünfzehnfache der Einnahmen anderer Organisationen zurückbleiben, sondern daran, daß der Wille, für die Organisation, die dem Arbeiter alles sein sollte, mehr zu leisten, bei den Arbeitern der verschiedenen Berufe nicht gleich stark entwickelt ist. Diese Gegenüberstellung soll aber dazu beitragen, den Willen zu höherer Leistung anzuregen. Es sollte sich ein Wettstreit unter den Mitgliedern der Organisationen geltend machen, in der Statistik bezüglich der Leistung für den Verband in den vordersten Reihen zu stehen. Freilich muß anerkannt werden, daß auch in dieser Hinsicht schon Vieles seit Anfang der statistischen Erhebungen sich gebessert hat. Rechnet man heute als Minimum eines Gewerkschaftsbeitrages, bei der eine Organisation nennenswerte Leistungen entwickeln kann, 20 Pf. pro Woche, so wurde dieses Minimum 1891 in 29 Organisationen (von 36 an der Statistik beteiligten) nicht erreicht; im Jahre 1900 fanden nur noch 16 unter diesem Minimum. Und wurde Anfangs der 90er Jahre als solches Minimum ein Beitrag von 15 Pf. pro Woche erachtet, so hat sich die Zahl der hinter diesem Satz zurückbleibenden Verbände von 14 auf 6 vermindert.

Auch im verflochtenen Jahre haben 13 Gewerkschaften ihre Mitgliedsbeiträge erhöht. Es sind dies die Barbier, Bergarbeiter, Brauer, Formner, Glaser, Hafnarbeiter, Handschuhmacher, Holzarbeiter, Maschinisten, Steinarbeiter, Tapezierer, Textilarbeiter und Vergolder.

Die nachfolgende Tabelle II stellt diese Steigerung der Beiträge in der Zeit von 1891 bis 1900 dar:

Tabelle II.

Jahr	Die Beiträge in Höhe Pf. angegeben für Organisationen	Davon hatten einen Beitrag von			
		unter 15 Pf.		unter 20 Pf.	
		Zahl	in Prozent	Zahl	in Prozent
1891	36	14	39	29	80
1892	39	11	28	29	74
1893	43	12	28	30	70
1894	44	13	30	28	60
1895	45	9	21	24	56
1896	44	10	23	23	52
1897	52	9	17	22	42
1898	55	8	15	17	31
1899	55	6	11	15	27
1900	58	6	10	16	27

Ist auch die Zahl der prinzipiellen Gegner hoher Beiträge in den Gewerkschaften sehr gering geworden, so macht sich doch noch hier und da ein harter Widerstand gegen Beitragserhöhungen in einzelnen Organisationen bemerkbar, der von der Beurteilung hoher Mitgliederbeiträge in Folge Rückgangs der Werbestraft der Gewerkschaft getragen ist. Es ist daher nützlich, von Neuem zahlreich vorzuführen, wie die Entwicklungen der letzten Jahre sich in einer Reihe von Verbänden, die ihre Beiträge ganz wesentlich erhöhten, gestalten hat.

Nach diesen allgemein günstigen Erfahrungen, die sowohl in großen, als in kleinen Organisationen gemacht wurden, kann man nur lebhaft wünschen, daß sich alle Organisationen bemühen, ihre Beiträge auf die Höhe zu bringen, die ein entsprechendes Wirken gewährleistet, und daß die Beitragssätze von weniger als 20 Pfennige pro Woche bald der Vergangenheit angehören.

Wie die Beiträge so die Leistungen und wie die gewerkschaftlichen Leistungen, so die wirtschaftliche Sicherheit der Mitglieder, — das sollte niemals vergessen werden. Daß die erhöhten Einnahmen der Organisation stets den Mitgliedern wieder zu gute kommen, lehrt im Berichtsjahre das bereits erwähnte Steigen der Ausgaben auf allen Gebieten, relativ sogar noch über die Zunahme der Einnahmen hinaus. Diese auf alle Unterabteilungen, mit Ausnahme der Krankenunterstützung sich vertheilende Steigerung zeigt aber auch bereits die Wirkung des wirtschaftlichen Niederganges. Zwar überwiegt jetzt noch in absoluter Hinsicht die Mehreinnahme; aber in den folgenden Jahren können auch leicht sich Mehrausgaben einstellen, falls nicht im Verhältnis zwischen Ausgaben, bezw. Leistungen der Organisation und Beitrag der Mitglieder ein Ausgleich geschaffen wird.

Tabelle III.

Name der Organisation	1895		1900		Zunahme seit 1895	
	Mitglieder	Beitrag	Mitglieder	Beitrag	absolut	in Proz.
Barbier	10	1750	15	17501	16151	922,91
Bergarbeiter	7	8000	16	38420	28420	255,25
Brauer	9	4900	14	5682	1582	39,55
Formner	18	6018	30	11410	5392	89,48
Glaser	25	8571	35	10447	6576	169,39
Hafnarbeiter	10	6737	14	20547	24110	357,89
Handschuhmacher	20	2358	30	9153	6794	288,1
Holzarbeiter	15	1250	25	2772	1522	121,78
Maschinisten	9	2150	15	11414	9314	445,32
Steinarbeiter	15	2932	25	78572	42960	146,64
Tapezierer	15	830	30	736	456	138,18
Textilarbeiter	20	4924	40	5811	1787	44,40
Vergolder	15	6958	25	10906	3948	56,72
Waldarbeiter	20	3287	30	100782	67495	202,58
Zugarbeiter	14	1270	20	1596	317	24,76
Zugmaschinen	15	1350	25	5500	4150	307,40
Zugmaschinen	15	5066	20	19263	14223	112,98
Zugmaschinen	15	778	25	4457	3651	454,50
Zugmaschinen	10	17000	20	34322	17322	101,36

Die Zweigvereine veranschlagten, resp. behielten an Prozentsatz der Einnahmen in 48 Organisationen 1 379 283 Pf. Die letzten Summen in aber keineswegs für Bemessung in den Zweigvereinen bestimmt worden, sondern es werden aus den den Zweigvereinen verbleibenden Beträgen Unterabteilungen an Mitglieder und für Streiks in anderen Gewerben getätigt, sowie die Ausgaben für die Führung der Stellenvermittlung und dergleichen gedeckt. Da eine einheitliche Berechnung dieser als Prozentsatz der Einnahmen der Zweigvereine verbleibenden Beträge (135 Pf.), Formner (1454), Glaser (697), Holzarbeiter (1500), Bergarbeiter (516) und Handschuhmacher (144) angegeben werden, weil bei diesen besonders stark nachzuweisen waren, aber die Einnahmen nur für einen Teil der Jahre angegeben oder nur für die Hälfte der Jahre.

Summen nicht in allen Verbänden erfolgte, so muß der Betrag in der Statistik allgemein als Ausgabe der Zweigvereine ohne nähere Spezialisierung angegeben werden.

Die Ausgaben betrugen in den beiden letzten Jahren:

	1900		1899	
	in Organisationen	Mk.	in Organisationen	Mk.
Verbandsorgan	56	713338	55	603559
Agitation	56	260689	55	201020
Streiks im Beruf	46	2563398	41	1983140
Streiks in anderen Berufen	43	62244	51	188778
Rechtschutz	48	68486	44	54752
Gemafregeltenunterstützung	32	97092	29	55435
Krankenunterstützung	40	461028	35	304391
Arbeitslosenunterstützung	19	501078	20	304677
Stellenvermittlung	13	656026	15	652825
Invalidenunterstützung	2	113530	4	91524
Sonstige Unterstüzung	36	205459	32	131484
Stellenvermittlung	9	4345	6	2958
Bibliotheken	14	6854	10	4390
Sonstige Zwecke	52	390793	45	147488
Konferenzen und Generalversammlungen	39	115037	46	102187
Beitrag a. d. Generalkommission	51	60324	51	56029
Projektorien	18	4737	18	3245
Gehälter	55	192646	51	152419
Verwaltungsmaterial	3	215650	52	182559

In den 10 Jahren, 1891 bis 1900, veranschlagten die Gewerkschaften für Unterstüzungszwecke folgende Summen: Rechtschutz 276 975 Mark, Gemafregelten-Unterstützung 5 95 783 Mark, Reise-Unterstützung 3 165 473 Mark, Arbeitslosen-Unterstützung 2 665 641 Mark, Kranken-Unterstützung 3 869 268 Mark, Invaliden-Unterstützung 4 32 648 Mark, Rechtschutz- und Sterbe-Unterstützung 6 84 975 Mark, zusammen 11 688 763 Mark. Nicht eingerechnet sind hierbei die von Zweigvereinen aus lokalen Mitteln gewährten Unterstüngen. Für die Verbandsorgane wurden in den 10 Jahren ausgegeben 3 909 815 Mark, für Streik-Unterstützung 9 237 637 Mark. Die für Unterstüngen und für die Bildung der Mitglieder (Verbandsorgane) veranschlagten Summen übersteigen also die Ausgaben für Streik-Unterstützung in obigem Zeitraum um 6 360 941 Mark. Der auch heute noch so oft gehörte Vorwurf, daß die Gewerkschaften nichts als Streikvereine seien, richtet sich darnach selber. In den einzelnen Jahren bewegten sich diese Ausgaben wie folgt:

Im Jahre	Zusammen Unterstüngen u. Verbandsorgan	Streik-Unterstützung
	Mark	Mark
1891	368223	1037789
1892	1319094	44943
1893	1229104	65356
1894	1350927	183980
1895	1326285	253589
1896	1513428	94372
1897	1637219	881758
1898	1810616	1073290
1899	2207647	2121918
1900	2316037	2625642
	15598578	9237637

Diese Gegenüberstellung soll den Streik keineswegs als minder notwendiges Kampfmittel bezeichnen; im Gegenteil wird dasselbe überall dort angewendet werden müssen, wo alle friedlichen Mittel der Unterhandlung und Warnung erschöpft sind und die wirtschaftlichen und organisatorischen Verhältnisse das Gelingen des Streiks nicht ausschließen. Aber uns liegt daran, mit dieser Darstellung den Nachweis zu führen, daß die Gewerkschaften nicht aus purer Lust am Streifen ihre anderen Ausgaben vernachlässigen, sondern derselben weit höhere Mittel zuzuwenden und dabei Leistungen aufzuweisen haben, wie sie von keiner der übrigen, als Gewerkschaft sich bezeichnenden Organisationen erreicht werden.

In letzter Zeit sind in Folge eines Aufsatzes von Dr. Börsch in der „Sozialen Praxis“ über die Höhe der Gehälter der Arbeiterbeamten in der Presse lebhaft Auseinandersetzungen gepflogen worden, die das doppelte Ergebnis haben, einmal das Interesse der Öffentlichkeit auf deren berechtigete Wünsche zu lenken, andererseits die häßliche Kritik zurückzuweisen, die bürgerliche Blätter ultra-kapitalistischer Richtung an Arbeiterorganisationen als Arbeitgebern zu üben beliebten. Es wird nun seitens des Verfassers der Statistik, Genosse C. Regien, ersterlich Weise konstatiert, daß der Gehalt, den Beamten der Gewerkschaften eine ausreichende Bezahlung zu gewähren, sich in immer härterer Maße Bahn bricht. „Im Allgemeinen“, heißt es weiter, „steht die Bezahlung jedoch noch recht niedrig“. Wir haben indes die begründete Hoffnung, daß dieser erwachte Gedanke, nachdem er schon in einzelnen Organisationen ansehnliche Gehaltsverbesserungen herbeigeführt hat, auch in den übrigen Gewerkschaften und Arbeitervereinigungen thätigste Fortschritte zeitigen wird.

Fügen wir hinzu, daß der nächstjährige Gewerkschafts-Logenrat hoffentlich in der Sicherstellung der Gewerkschafts-Beamten gegen Alter, Invalidität und Krankheit der Hinterbliebenen einen entscheidenden Schritt vorwärts thun wird, so haben wir keinen Grund, hoffnungslos, als in früheren Jahren, in die Zukunft zu blicken. Die Gewerkschaften werden, je mehr sich im Allgemeinen ihre Existenzbedingungen sichern gelassen, um so durchgreifender auch auf diesem Gebiete ihre Pflicht erfüllen. Für die verwerfliche Kritik von Unternehmer-Blättern, die entweder für die bisherige Organisation der Gewerkschaften oder für die bisherige Organisation der Gewerkschaften kein Verständnis besitzen oder diese Schwierigkeiten nur als bequeme Angriffspunkte ausnützen wollen, haben sie nur Berachtung übrig.

Die Zahl derjenigen Organisationen, die ihren Mitgliedern Arbeitslosenunterstützung leisten, hat sich von 20 auf 21 erhöht.

Die Gesamtanlage der Verbandsorgane ist von 668 660 im Jahre 1899 auf 792 939 im Jahre 1900 gestiegen. Die Zahl der Verbandsorgane betrug 51; 1 Organisation hatte kein Verbandsorgan (Handwägenarbeiter); 4 Organisationen lieferten ihren Mitgliedern das Organ eines verwandten Berufsverbandes und 1 Organisation (Waffner) benutzte eine gewerbliche Einrichtung als Publikationsorgan. Von diesen Organen erschienen 1 monatlich, 2 wöchentlich, 29 wöchentlich, 14 vierzehntäglich, 2 dreimal im Monat, 6 zweimal im Monat, 3 einmal monatlich und 1 alle drei Monate.

Von den 58 Verbänden haben 31 internationale Beziehungen mit gleichartigen Organisationen des Auslandes angeknüpft.

Aber auch das Unternehmertum im eigenen Lande hat diese Macht schätzen gelernt, und wenn sich auch ihre Angriffe auf diese Gewerkschaften nicht verzögerten, so zeigt doch die wachsende Zahl der von Korporation zu Korporation vereinbarten Arbeitsverträge und Tarifgemeinschaften, daß es diese Macht immer mehr anerkennen muß. Wird es auch in künftigen Jahren an Angriffen nicht mangeln, so werden die Gewerkschaften doch gerüstet sein, um dieselben zurückzuschlagen. Einheitslich nach innen, Part nach außen und eine höhere Rüstung für jeden Arbeiter gegenüber allen wirtschaftlichen Rößen — das muß die Richtschnur der Gewerkschaften für die künftigen Jahre sein.

Hamburg.

Paul Umbreit.

## Soziale Rundschau.

Die groß die Arbeitslosigkeit ist, beweist ein Beschluß der Hagerer Stadtverordnetenversammlung. Dieser hat mit Rücksicht auf die stark angewachsene Arbeitslosigkeit beschlossen, fortan größere Arbeiten der städtischen Verwaltung, die sonst an Unternehmern vergeben wurden, in eigener Regie ausführen zu lassen. Dieser Beschluß wird schon in nächster Zeit in Wirklichkeit treten bei der Ausbehnung des städtischen Wasserleitungsnetzes auf den Vorort Eppenhäusen. Die Kosten hierfür sind auf 72 000 Mk. veranschlagt, werden sich aber, weil die Arbeiten durch Arbeitslose, also in solcher Arbeit weniger geübte Kräfte ausgeführt werden sollen, auf 75 000 Mk. erhöhen. Die Stadtverordneten genehmigten ohne Weiteres diese Mehrausgabe und erklärten zugleich, daß sie auch einer event. noch weiteren Ueberschreitung des Kostenbetrages zustimmen würden.

Wird das Vorgehen der Hagerer Stadtverwaltung Nachseherer finden? Zu hoffen und zu wünschen ist es.

## Vom sozialen Kampfplage.

Der Generalstreik der Flaschenarbeiter ist aufgehoben.

Nachdem alle Versuche des Hauptvorstandes, für die Ausständigen die Unterstüzungsgelder weiter herbeizuschaffen, scheiterten, mußte der Streik aufgehoben werden. Einer der bedeutungsvollsten Streiks ist beendet. Das Unternehmertum, das seit dem einjährigen Kampfe danach trachtete, die Arbeiterschaft zu Boden zu werfen, kann sich seines Sieges freuen. Die Arbeiterschaft ist durch Hungergezwungen, die Arbeit aufzunehmen. Den sämtlichen Filialen des Verbandes ist der Beschluß des Vorstandes zugegangen, daß wegen mangelnder Unterstüzung der Streik aufzuheben sei. Die Kommissionen der Arbeiter werden sich nach dem Comptoir der Fabriken begeben, um die Wiedereinstellung zu erlangen.

Der Kampf, der am 1. August 1900 in Schauenstein begann, hat die Summe von 450 000 Mk. verschlungen. Dazu wird die Gewerkschaft noch eine ganze Reihe von Gemafregelten auf sich nehmen müssen; ferner kommt noch hinzu, daß die Arbeit erst in 14 Tagen beginnen kann, da die Gläser ganz allmählich angefeuert werden müssen. Der Sieg wäre den Arbeitern unabweislich zugefallen, wenn dieselben nur noch einige Wochen hätten aushalten können. Die Fabrikanten waren ja sicher, daß den Streikenden große Opfer durch die herrschende Wohnungsnot am 1. Oktober entstehen würden, und man war sich auch in den Streifen der Glasarbeiter darüber klar, daß wohl vor dem 1. Oktober eine Milderung der Dinge nicht eintreten müßte.

Genau so besonnen, wie die Streikenden in den Kampf traten, führten sie ihn bis zu Ende. Trozdem der Hunger der Bundesgenosse, der tägliche Gast der Streikenden war, gab es kein Murren. Nach einjährigem Kampfe in Schauenstein, nach siebenmonatlichem Kampfe in Hienburg und nach dem acht Wochen währenden Generalstreik, wer will es da noch wagen zu erklären, daß die Glasarbeiter nicht eine ganz große Energie besaßen, den Kampf zu einem guten Ende zu führen. Leider trat das nicht ein, was gehofft wurde. Die Unterstüzung blieb aus, und so war ein anderer Weg nicht zu finden, als die Streikenden zur Rückkehr zu bewegen. Das Unternehmertum wird sich an den Arbeitern der Glasindustrie bitter rächen. Das beweist schon der Umstand, daß, als jetzt die Kommission der Arbeiter in Dresden vorstellig wurde, um die Erklärung abzugeben, daß die Kollegen gesonnen seien, die Arbeit wieder aufzunehmen, die Antwort lautete: „Wer da arbeiten will, muß einzeln kommen!“ Der bitteren Roth gehorchend, werden sich wohl oder übel die Arbeiter einzeln melden müssen, und werden so jedenfalls eine Art Strafgericht über sich ergehen lassen müssen.

Eine Warnung richten wir noch an die Mitglieder der Gewerkschaften sowie an alle Parteigenossen: Da die Arbeit erst in 14 Tagen beginnen kann, so wird die erste Lohnzahlung erst in drei Wochen erfolgen; deshalb bitten wir die bis dahin sich noch ohne Arbeit befindlichen Glasarbeiter zu unterstützen.

Der Vorstand des Verbandes der Glasarbeiter.  
J. A.: Emil Girbig.

In der Zündholzfabrik von Pohl u. Co. in Zonow (Pommern) sind 180 Kolleginnen und Kollegen beschäftigt, die sich Anfangs dieses Jahres unserer Verbände angeschlossen haben. Als kürzlich der Vertrauensmann des Verbandes plötzlich entlassen wurde, was man als Maßregelung ansah, legten 160 Kolleginnen und Kollegen die Arbeit nieder. Dieser Solidaritätsbeweis hatte seine Wirkung nicht verfehlt. Schon nach einigen Stunden stellte die Fabrik den Vertrauens-

nach wieder ein, und die Arbeit wurde wieder aufgenommen.

### Polizeiliches, Gerichtliches.

Eine große Anzahl von Arbeitern ist von der Polizeibehörde zu Altona inhaftiert worden, indem eine Anklage gegen die Bevollmächtigten von Altona, Ottenen und gegen die Stellungs-Langensfeld erhoben worden ist, und zwar wegen Vergehens gegen § 8 des Vereinsgesetzes von 1850. Zunächst wurde gegen die sechs Bevollmächtigten der Zahlstellen Altona und Ottenen verhandelt. Die Angeklagten haben sich durchschuldig gemacht, daß sie, obwohl die beiden Zahlstellen nach Ansicht der Anklagebehörde politische Zwecke verfolgen, weibliche Personen als Mitglieder aufgenommen haben. Daß politische Zwecke verfolgt wurden, wurde aus einigen in den Versammlungen gehaltenen Vorträgen und gehaltenen Reden erhellen. So hat der Genosse Senke einen Vortrag über den Bauernkrieg gehalten und sich dabei auf die heutigen Verhältnisse eingegangen. Zweitens hat Kollege Quardt zur regen Beteiligung an der Maffeler aufgeföhrt, welche eine politische Demonstration ist. Drittens ist in einer Versammlung das Verhalten des Landrates Dr. Schöff (Korrespondent) worden, weil er in Altona, arrangierte Seite verbot. Viertens hat Kollege Friedmann die Gewerkschaften als Vorstufe der politischen Partei bezeichnet. Die Angeklagten bestritten, irgendwie politische Zwecke verfolgt zu haben, beide Zahlstellen seien lediglich bestrebt, bessere Löhne und Arbeitsverhältnisse für ihre Mitglieder herbeizuföhren, die Mitglieder zu unterhalten und zu bilden und im Verfolg ihrer Bestrebungen neue Mitglieder zu gewinnen. Ein großer Jungs-Apparat war aufgebaut, nicht weniger als 17 Polizeibeamte waren als Zeugen geladen, mußten sich aber auf nichts mehr zu entsinnen und verwiesen auf ihre schriftlichen Berichte. Der Staatsanwalt hielt die Schuld der Angeklagten für erwiesen und beantragte gegen sie je 20 Mk. Geldstrafe. Der Verteidiger Rechtsanwalt Löwensthal trat in langem Auspruch für Freisprechung ein, weil es sich in einzelnen Punkten gar nicht um politische Zusammenkünfte handelte und daß gelegentliche Seitengespräche einzelner Redner auf das politische Gebiet nicht beweisen könnten, daß die Zahlstellen politische Zwecke verfolgten. Das Gericht schloß sich der Ausführung des Verteidigers an. Es hat aus den Verhandlungen nicht die Überzeugung gewonnen, daß die beiden Zahlstellen bezwecken, in die Regierungsgewalt einzugreifen; sie seien bestrebt, dem Kapital eine Macht entgegenzustellen, das sei ihr gutes Recht und könne man ihnen nicht verdenken. Zum Punkt 1 führte der Vorsitzende an, wäre der Vortrag über den Bauernkrieg historisch und solle die Mitglieder anregen, wissenschaftlich auszubilden. In der Aufforderung zur Beteiligung an der Maffeler hätte der Bericht auch nicht eine That erkliden können, welche die Angeklagten im Sinne der Anklage schuldig mache. Der 1. Mai sei ein historischer Feiertag der Arbeiter. Aus allen diesen Gründen wurde auf Freisprechung erkannt.

Die zweite Verhandlung richtete sich gegen die Bevollmächtigten der Zahlstelle Stellungs-Langensfeld. Hier handelte es sich um einen Vortrag, den der Genosse Senke gehalten hat, wobei derselbe sich u. A. mit Lassalle's Theorien und Bismarck unter dem Sozialistengesetz beschäftigt haben soll; 2. um eine Äußerung des Kollegen Boh, daß er sich mit dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten in Verbindung setzen wolle, damit dieser für Erweiterung des Arbeiterbundes auf die Plättereien und Klebereien eintreten sollte. Auch gegen diese 3 Kollegen beantragte der Staatsanwalt 20 Mk. Geldstrafe. Der Verteidiger beantragte in Bezugnahme auf seine vorhergehenden Ausführungen die Freisprechung. Der Vorsitzende verurteilte das freisprechende Urteil mit der Bemerkung, daß die gerügten Handlungen noch weniger belastend seien als die, welche der vorhergehenden Anklage zu Grunde lagen.

Der Liebe Mühe war somit wieder einmal vergeblich gewesen. Die verachtete Staatskretterei war ergebnislos.

**Wegen Wahrnehmung eines unerwartet früh festgesetzten gerichtlichen Termins kam diese Nummer einen Tag früher zum Versandt.**  
Mit kollegialischem Gruß  
Aug. Brey.

### Korrespondenzen.

**Aberstedt.** Am 14. September tagte hier eine Versammlung der Kollegen, die über die Konstituierung einer Zahlstelle beriet. Nach Für und Wider wurde die Errichtung einer Zahlstelle beschlossen, und gleich die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag gebracht. Als Verhandlungslokal wurde das Gasthaus zum braunen Hirsch ausersehen. In diesem findet jeden Sonnabend nach Erscheinen des „Proletarier“ ein Zahlabend statt. Aber es ist zu erwarten, daß auch außer dem Zahlabend ein reger Verkehr der Kollegen in ihrem Verbandslokal sich entwickelt.

**Bernburg.** In dem in Nr. 19 des „Proletarier“ gebrachten Bericht muß es heißen: Als dritter Hilfskassierer für Bernburg wurde der Kollege Otto Hennicke und für Dröbel und Saldorf der Kollege Wilh. Sämisch-Saldorf gewählt.

**Blankenburg.** Wer ist schuld daran, daß sich schlechte Verhältnisse in den hiesigen Ziegeleien befinden? Hierzu ein paar Worte zur Auffklärung. Am 15. Juni d. J. tagten in unserer Mitglieder-Versammlung zwei Kollegen von der Ziegelei über die dort herrschenden Verhältnisse und betonten, es könne so nicht mehr weiter gehen. Wir hatten auch eingesehen, daß es so nicht mehr weiter gehen könne und hatten angefangen, die Kollegen zur Organisation heranzuziehen, und zwar auch mit einigem Erfolg, besonders bei den Arbeitern der Firma Schmidt. Die Arbeiter der Firma Greff waren weniger zahlreich dem Verbande angeschlossen. An erster Stelle verlangten nun die Arbeiter bessere Wohnbedingungen. Der Arbeitgeber Schmidt bekam Wind von der Sache und kam den Arbeitern entgegen mit einem Lohnarif, dem diese bis auf einige Abänderungen ihre Zustimmung gaben. Dieser Unternehmer mußte, seine Arbeiter waren organisiert, er rechnete also mit der Macht der Arbeiter. Das hatte der zweite Arbeitgeber nicht nötig, dessen Arbeiter waren bis auf einen einzigen Teil nicht organisiert, er mußte, was er seinen Leuten bieten konnte. Er verlangte von ihnen Ausritt aus der Organisation. Wer fand sich denn auch, der von dem 1. Bevollmächtigten die Bewilligung seines Austritts forderte. Allerdings vergeblich. Als dann der Winter kam, mußten einige 20 Mann ihr Bündel packen, nicht nur die Organisierten, sondern auch die Unorganisierten. Aus war das Rament groß. Er hat uns auf Grund der Austrittsbescheinigung aus der Organisation feste Arbeit versprochen, und nun sind wir draußen! Die Kollegen der Firma Schmidt hatten sich verheißt und glaubten nun, die Organisation sei überflüssig. Sie wußten sich daher alle ab. Aber in diesem Jahre sollten sie eines Besseren belehrt werden. Der gute Herr kam nicht mit einer Lohnverbesserung, nein, mit einer Reduzierung! Er mußte, daß keiner seiner Arbeiter organisiert war. Und so kam es, daß einige von den Arbeitern dieses Herrn am 15. Juni die Versammlung besuchten. Auf Grund ihrer Klagen beschloß die Versammlung, noch einmal einzugreifen; hierzu sollte eine De-

riedner-Versammlung stattfinden und jeder Kollege sollte durch Briefchen dazu eingeladen werden. Alles wurde pünktlich besorgt, aber am Tage der Versammlung war man so enttäuscht, daß nicht einmal ein Schreiber anwesend war. Wie konnte man dies auch verlangen. Mühten doch die Arbeiter Sonntag bis Mittag arbeiten und am Nachmittage sich ausruhen. Aber wie ausruhen! Dem da werden Ueberstunden gemacht und es wird Sonntag gearbeitet. Ein Teil der Hungerplumpe wird in Schnaps umgeseht und so kommt es, daß die Arbeiter im Mauthaus alle Pflichten vergessen und erst am anderen Morgen erwachen, wenn sie wieder im Zuge sind. Und wer trägt die Schuld daran? Ihr Arbeiter selbst! Wartet Ihr beim Verbands treu geblieben, so wäre manchem Uebelstand abgeholfen, der Unternehmer weiß genau, daß Ihr Euch nicht einig seid und wird halb wieder versuchen, Euch den Lohn noch weiter zu schmälern. Darum, Arbeiter, rafft Euch noch einmal zusammen, organisiert Euch, nur dann könnt Ihr Euer Tage verbessern.

**Worbis.** Am 22. September tagte eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung. Als Delegierter zur Gaultonferenz wurde der Kollege Krenz gewählt, derselbe wurde auch zum Waten bestimmt. Ferner wurde die Erhaltung unseres Stützpunktes beschlossen.

**Deilmensdorf.** Einen guten Erfolg hatte eine Hausagitation, die am 22. September hier am Orte vorgenommen wurde. Zur Aufklärung war am Abend vorher der „Betrug“ verheißt worden. Mehrere Kollegen von hier, denen sich eine Anzahl Bremer aus zwei vom Bauvorkand (Harburg) entsandte Kollegen angeschlossen hatten, unterzogen sich der Aufgabe, Mitglieder für unseren Verband zu werden. Und was für die Mühe war nicht umsonst. Trotzdem sehr viele Arbeiter bei der Kartoffelarbeit beschäftigt waren, hatten wir doch den Erfolg, 38 Kollegen und Kolleginnen zu gewinnen. Sticher ein Beweis, daß die Hausagitation eines der besten Mittel ist, um unsern Verband neue Kämpfer zuzuföhren. Offenlich stellen sich bei der nächsten Aufforderung zur Hausagitation noch mehrere Kollegen zur Verfügung. Agitationsfeld ist noch recht viel vorhanden. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen am Orte müssen uns dazu treiben, daß wir unsere Organisation groß und mächtig machen. Darum Kollegen, treibt Hausagitation und werbet Mitglieder für den Verband!

**Deffau.** Unsere in Pieper's Geschäftshaus tagende (Wann? D. Red.) Mitglieder-Versammlung war gut besucht. Den Kartellbericht erstattete Kollege Krilger. Dann kamen die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag. Der Kollege Hitz wurde als zweiter, der Kollege Häh als dritter Bevollmächtigter in Vorschlag gebracht. Zu Revisoren wurden die Kollegen Brühl, Krüger und Pökel vorgeschlagen. Zum Kartelldelegierten wurde Kollege Heinrich bestimmt. Zu den bevorstehenden Gewerkschaftswahlen wird der Kollege Trenthorst als Kandidat gewählt.

**Glückhorn.** In der am 14. September tagenden Mitglieder-Versammlung wurde zunächst Stellung genommen zur Gaultonferenz in Kiel. Ein Antrag: „Die Konferenz wolle beschließen, daß der Kollege Krenz im nächsten Jahre eine Agitationstour durch den hiesigen Bau unternimmt“, wurde angenommen. Ein weiterer Antrag: „Den Bauvorsitzenden so zu befehlen, daß er seine Kraft der Leitung des Baues sowie der Agitation in den betreffenden Zahlstellen zur Verfügung stellen kann“, gelangte ebenfalls zur Annahme. Als Delegierter wurde der Kollege Krotze gewählt. Der Kollege Rehm gab hierauf den Kartellbericht; da der Kollege seinen Posten als Delegierter niederlegte, wurde Kollege Bestmann gewählt. Auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung wurde als dritter Punkt: „Die Rechtsauskunftstelle“ gesetzt. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

**Hamburg-St. Georg.** Am 11. September tagte unsere Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn Gommel. Genosse Meyer hielt einen Vortrag über „Die drei Wirtschaftskrisenperioden“. (D. Red.) Darauf erstattete Kollege Anp den Kartellbericht. Derselbe befürwortete eine besondere Unterstützung der Glasarbeiter. Diese hätten mit musterhafter Ausdauer und Solidarität gekämpft; es wäre traurig, wenn ihr Kampf ein vorzeitiges Ziel in dem Mangel an Geld gefehlt erzielte. Der 1. Bevollmächtigte forderte die Kollegen, welche in größeren Betrieben beschäftigt sind, auf, sich Sammelbogen geben zu lassen, damit die kämpfenden Glasmacher Geldmittel zur Fortführung des Kampfes erhielten. Zur Gaultonferenz in Kiel wurde als Delegierter einstimmig Kollege G. gewählt. Dem 2. Bevollmächtigten wurde ein Materialkassant bewilligt. Eine Kollegin schilderte die Zustände bei der Kaffee-Importfirma Meyer und Bandmann. Ueber diese Zustände braucht man sich deshalb nicht zu wundern, weil die dort beschäftigten Kolleginnen der Organisation fernstehen. Sie ernsten also nur, was sie gefast haben.

**Hamm.** In der Mitglieder-Versammlung vom 12. Sept. im Lokale des Herrn Sieberling hielt zum ersten Punkt Genosse Meyer einen Vortrag über: „Die drei Wirtschaftskrisenperioden“, welcher mit großem Beifall aufgenommen wurde. Den Kartellbericht erstattete Kollege Ahrens. Dann wurde ein Antrag eingebracht, dem Kollegen H. 20 Mk. aus der Kassa zu bewilligen, welcher angenommen wurde. Die Abrechnung von der Morgentour ergab eine Einnahme von 87,20 Mk. und eine Ausgabe von 91,85 Mk. Bleibt ein Defizit von 4,65 Mk. Als Delegierter zur Gaultonferenz wurde Kollege Ahrens gewählt.

**Regin.** Am Sonntag, den 8. September, tagte unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung. Nachdem die Beiträge eingegangen, wurden 7 neue Kollegen in den Verband aufgenommen, sodas unsere Zahlstelle jetzt 73 Mitglieder zählt. Als Delegierter zur Gaultonferenz wurde Kollege Wegner gewählt. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die Mitglieder der Zahlstelle Regin erklären sich gegen die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung, da dieselbe bei den jetzigen Beiträgen nicht durchzuführen ist, und es jetzt bei den herrschenden Arbeitslosigkeit nicht angebracht wäre, die Beiträge zu erhöhen, und beantragen den Delegierten, in diesem Sinne auf der Konferenz zu handeln.“

**Kiel.** In der am 17. September tagenden Mitglieder-Versammlung, welche von 26 Personen besucht war, kam eine Anzahl von dringenden Fragen zur Verhandlung. Da unser jetziges Versammlungslokal in den „Zentralhallen“ von der Bau-Polizei gesperrt ist, finden bis auf Weiteres die Versammlungen im Lokale des Herrn Henseler, Str. Kuhberg statt. Nach Bekanntgabe des Berichtes vom Kartell, in welchem auch ein Flugblatt, betreffend die Hamburger Akordmakere, zur Beratung gebracht wurde, beschäftigte sich die Versammlung in lebhafter Diskussion mit dem von sämtlichen Gewerkschaften Kiel geplanten Bau eines Gewerkschaftshauses; da es sich hier in erster Linie um die Aufbringung der Gelder; für den sogenannten Garantiefonds handelt, und dadurch die Mitglieder recht erheblich mit einer Mehrausgabe belastet würden, so standen verschiedene Kollegen der Annahme dieses Planes recht kühl gegenüber, und es stimmten für den Antrag des Kollegen Müller nur 14 Personen. Dieser Antrag lautet wie folgt: „Die heutige, hier tagende Mitglieder-Versammlung erklärt sich mit der Mehrheit der Kieler Gewerkschaften mit dem Bau eines Gewerkschaftshauses einverstanden.“ Als Delegierter zur Gaultonferenz in Kiel wurde Kollege Stiller gewählt, auch wurden mehrere Kollegen bestimmt, die die fremden Delegierten am Bahnhof zu empfangen und in das betreffende Lokal zu geleiten haben, dieselben sind durch die Kollegen Lemkau, am 26. Oktober findet das diesjährige Stützpunktfest im „Englischen Garten“ statt und wurden hierzu 14 Kollegen ins Komitee gewählt. Unter Vorsitz des Kollegen wurde eine Proklamation unter die Kollegen verheißt: „Die Arbeiter und die Sozialisten“. Einer Kollegin,

welche durch längere Krankheit ihres Mannes in Roth gerathen ist, wurden leihweise 20 Mark aus der Kassa bewilligt. Die Auszahlung erfolgt aber nur unter der Voraussetzung, daß die Einkünfte der Retollmächtigten eine Kostlage feststellen.

**Köber.** Am 17. September tagte unsere Mitglieder-Versammlung, in der 14 neue Mitglieder aufgenommen wurden. Hierauf gab der Vorsitzende den Jahresbericht, da die Tagesordnung der nächsten Versammlung fast zu reichhaltig wäre. Demnach wurden im verfloffenen Jahre 25 Mitglieder-Versammlungen abgehalten, die durchschnittlich nur mäßig besucht waren, einige sogar sehr schlecht. Ferner fanden zwei öffentliche Versammlungen statt, in welcher Kollege Frau Hies aus Hamburg referierte. Sitzungen der Bevollmächtigten und Revisoren wurden 32 abgehalten, drei Mal wurde, der Vorstand zur Kartellversammlung geladen. Weiter wurden 2 kombinierte Sitzungen abgehalten mit den Vorständen der Metall- und Eisenarbeiter und Schmeide sowie Einführung gemeinsamer Scheckkontrollen, welche auf den Fabriken eingeföhrt wurde, und eine mit den Kohlenarbeitern. Betreffs Situationsbericht des Kartells der Kohlenarbeiter. An Postfachen gingen ein 107 Briefe, 48 Postkarten und 26 Pakete. Abgeschickt wurden 109 Briefe, 37 Postkarten und 2 Pakete. Nach Tagung des Verbandstages fand eine Aenderung des Referendums statt. Da es auf dem Verbandstage abgelehnt war, den Beitrag zu erhöhen und für die erste Woche Streikunterstützung zu gewähren, wurde für den Referendums der Beitrag erhöht um die eine Woche Streikunterstützung usw. aus diesem zu bezahlen. Da wir bei jedem Streik anderer Gewerkschaften stets in Mitleidenchaft gezogen werden, diese aber für die erste Woche Unterstützung gewähren, sehen wir uns zu diesem Schritt veranlaßt. Ferner fand eine Aenderung der Bezahlung der Hilfskassierer statt. Sie erhielten zu dem 10 Prozent auf die Einnahmen der Zentralassistenten auch 10 Prozent von den Einnahmen der Beiträge zum Referendums. Die Hilfskassierer versehen im Großen und Ganzen ihre Posten gut. Aus dem Referendums wurden im Berichtsjahre bezahlt an Arbeitslosenunterstützung von 1. Oktober 1900 bis dato im Ganzen 1340,75 Mk. Im Durchschnitt haben also 112 Mitglieder ihre volle Unterstützung von 12 Mk. erhalten. Für das Arbeitersekretariat wurden seit Bestehen desselben 1002 Mk. bezahlt. Sonstige größere Ausgaben, welche aus dem Referendums beglichen wurden, sind 307 Mk. für die streikenden Kolleginnen von Oden und Carstens, 108,82 Mk. für die am 1. Mai bei der Firma Carl Thiel u. Söhne Gemahregelten, 100 Mk. wurden der Kassa überwiesen, 200 Mk. den streikenden Schmirnarbeitern und Arbeiterinnen in Harburg, an das Kartell wurden 140 Mk. für die streikenden Kohlenarbeiter an Mietzuschuß bezahlt. Die Einnahme für den Referendums betrug 3536,58 Mk., die Ausgabe 2848,95 Mk. Was den Stand der Mitglieder anlangt, ist er folgender: Am 1. Oktober 1900 waren vorhanden 1090 Mitglieder, 920 männliche, 170 weibliche. Am Schlusse des 3. Quartals 1901 waren vorhanden 1030 Mitglieder, 940 männliche, 90 weibliche. Aufgenommen wurden 426. Demnach hätte ein Mitgliederbestand von 1516 vorhanden sein müssen. Hiervon gehen ab 183 Abgetretene, 4 Verstorbene, Ausgetreten und so verloren gegangen sind 299. Demnach haben wir leider einen Rückgang unserer Mitgliederzahl zu verzeichnen, deshalb müssen wir im neuen Jahre mit besten Kräften danach hinstreben, daß wir volle Versammlungen erhalten, um Aufklärung unter den Mitgliedern zu verbreiten, damit sie nicht nur Mitglieder sind, sondern auch dem Verbands treu bleiben. Unsere Parole muß stets sein: „Goch die Organisation. In der Diskussion über den Jahresbericht wurde noch hervorgehoben, daß die 307 Mk. für die streikenden Kolleginnen von Oden u. Carstens, sowie die 108,82 Mk. für die am Kohlenarbeiterstreik beteiligten Kolleginnen eigentl. von der Zentralkasse hätten bezahlt werden müssen. Daß dieses aus dem Referendums bezahlt werden sei, sei ein Beweis, daß die Zahlstelle Köber die Zentralkasse nicht als nebenbei behandelt. Zum Schluß wurde noch darauf hingewiesen, daß die Scheckkontrollen besser durchgeführt werden müßte; jedes Mitglied sei verpflichtet, den gewählten Kontrollen sein Buch vorzulegen, wenn der Kontrollent auch einem anderen Verbande angehöre. Hierauf war Schluß der Versammlung um 11 Uhr.

**Lüneburg.** (Wie Unternehmer an Gewerbeinspektoren berichten.) Im Herbst vorigen Jahres entstanden auf der Zuteilung in Harburg Differenzen in Folge der Akordarbeit. Ueber diese Vorgänge erstattete die Fabrik an die hiesige Gewerbeinspektion einen Bericht, in welchem u. A. folgende hochinteressanten und für das Denken und Handeln der Herren Grobhandhändler charakteristischen Sätze vorkommen:

„Nach unseren Beobachtungen waren einige Spinnerinnen unausgeseht thätig, ihre Mitarbeiterinnen aufzuheben, und nachdem am Sonntag hier eine sozialdemokratische Versammlung von Frauen und Mädchen stattgefunden hatte, in der die weiblichen Arbeiter durch eine Frau Hies aus Hamburg in der gemeinsamen Weise aufgereizt und zur sogenannten Organisation aufgefordert waren, nahm in unserer Spinnerei die Hezerei am Montag Morgen einen derartigen Umfang an, daß wir zwei der Hauptheber von der Arbeit wegschicken mußten. Nach der Mittagspause weiterten sich dann die meisten der Feinspinnerinnen, ihre resp. Maschinen wieder einzustellen und wählten hinausgeschickt werden. Sie verblieben in unserer Portierloge und wurden dabelbst von unserem Direktor Kidel energisch zur Ordnung verwiesen. Das von den Spinnerinnen ausgesprochene Verlangen, die Vormittags von uns entlassenen beiden Hezerinnen wieder einzustellen, haben wir selbstredend (!) zurückgewiesen, ebenso das Verlangen, die durch die Arbeitsniederlegung veräumten 1 1/2 Stunden zu bezahlen. Daß die Betreffenden ohne Ordnungsstrafe wegkommen sind, war schon ein weitgehendes Entgegenkommen. Die Aufregung unter den Spinnerinnen hat sich noch nicht ganz gelegt, weil das „Volkblatt“ fortgesetzt bemüht bleibt, unsere Arbeiter zu verhegen. Auf die von diesem Blatte gebrachten gemeinen Verdächtigungen und Verleumdungen zu antworten, halten wir unter unserer Würde.“

Dem Arbeitgeberverbande theilte die Fabrik dann noch die Namen der entlassenen und einer dritten Spinnerin mit, von der es heißt, sie werde die ihr Fortleben von der Arbeit entschuldigende Krankheit wohl simulirt haben, und haben wir die Ansicht, auch diese Hezerin nicht wieder zu beschäftigen.“

Es ist schade, daß — die Öffentlichkeit nicht gewahrt wird, was der Gewerbeinspektor auf diesen Ausfluß prophanen Unternehmerrückels geantwortet hat. Alles, was den Herren nicht in den Kram paßt, insbesondere die Kritik der Arbeitsverhältnisse, wird als gemeine Verhezung und Verleumdung qualifizirt. „Gebildet“ ist die Harburger Unternehmerschaft, das hat schon Schlußwort bewiesen. Uebrigens, wie sieht es mit der Befragung der Hezerinnen? Hat der Herr Gewerbeinspektor sich von ihr auch Bericht erstatten lassen? Er frage einmal bei den Bevollmächtigten unserer Organisation nach dem, was die Arbeiterinnen zu sagen haben.

**Mühlenteb.** Am Sonntag, den 15. September, tagte in dem „Gasthof zur Sonne“ eine öffentliche Versammlung des Kapitalismus. Da ein Gegner, der sich zum Wort gemeldet, nicht anwesend war, so forderte die Referentin die Anwesenden auf, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Anwesenden auf, sich unserem Verbande anzuschließen, worauf sich 8 Personen meldeten.

**Ovenstedt.** Dienstag, den 17. September, tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Es wurde Kollege Klinger als Delegierter zu der in Magdeburg tagenden Gaultonferenz ge-

